

Frühe Bildung in Brandenburg sichern!

Unsere Forderungen im Wahljahr 2024

Als erster Bildungsort sind Kindertageseinrichtungen ein wichtiges Fundament: Sie sichern Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Familien. Kinder haben das Recht auf einen sicheren Ort, an dem sie sich gemeinsam weiterentwickeln und gefördert werden. Gleichzeitig sind Familien, Kinder und Unternehmen auf verlässliche Einrichtungen angewiesen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt. Dafür brauchen die pädagogischen Fachkräfte gute Rahmenbedingungen in allen brandenburgischen Kitas.

In den vergangenen Jahren hat die Brandenburger Landesregierung einiges auf den Weg gebracht. Dazu zählen der bessere Fachkraft-Kind-Schlüssel im U3-Bereich, die proaktive Weiterentwicklung der Kitapersonalverordnung, das Landesprogramm Kiez-Kita sowie Entlastungen für Familien im Zuge der Preissteigerungen der vergangenen Jahre. Gleichzeitig hat das Land die längst überfällige Kitarechtsnovelle ohne Not und ohne tragende Argumente auf Eis gelegt. Elternproteste und Frust bei Trägern und Fachkräften waren die Folge.

Gemessen an den guten Betreuungsquoten führt die Unterfinanzierung zunehmend zu erheblichen Belastungen des Systems. Doppelt so hohe Krankenstände der pädagogischen Fachkräfte im Vergleich zu anderen Branchen sind alarmierend. Gleichzeitig wird die Verrentung der kommenden Jahre eine Fachkräftelücke entstehen lassen, die ohne politisches Handeln zu Qualitätseinbußen und mit einem Zuwachs an kürzeren Öffnungszeiten einhergehen wird. Zudem müssen Schließungswellen von Krippen, Kindergärten und Horten wie in den 90er- und Nullerjahren unbedingt vermieden werden.

Im Mittelpunkt unseres gesellschaftlichen Handelns stehen die Rechte aller Kinder. Diese konsequent für alle Kinder einzufordern und Kinder schon frühzeitig über ihre Rechte zu informieren, ist Teil unseres Leitbildes.

Brandenburg profitiert von seiner Vielfalt! In unseren Einrichtungen finden alle Kinder einen sicheren Ort, an dem sie lernen und sicher aufwachsen können – ganz gleich, wo sie oder ihre Familien geboren sind. Diese Haltung ist unsere gemeinsame Stärke. Weil jedes Kind zählt!

Mit der Unterstützung der GEW Brandenburg fordern wir dringende Reformen und zukunftsweisende Investitionen in die frühkindliche Bildung:

I. Ein Bildungsschub für das Kitagesetz

Das Brandenburger Kitagesetz braucht ein Update für die Bildungsrealität des 21. Jahrhunderts. Wir fordern eine prioritäre Reform des Kindertagesstättengesetzes (KitaG) in der ersten Hälfte der kommenden Wahlperiode. Essenziell sind zum einen ein höherer Finanzanteil aus Landesmitteln zur Entlastung der Kommunen. Zum anderen fordern wir Rechtssicherheit für Träger, Familien, Kommunen und das Land in der Frage, welcher Akteur welche Kosten zu tragen hat. Elternbeiträge im Land Brandenburg sollen in allen Kommunen einheitlich sein.

Zudem fordern wir, die mittelbare pädagogische Arbeit, Urlaube, Krankheit, Weiterbildungen sowie die Praxisanleitung viel stärker in der Gesamtpersonalberechnung zu berücksichtigen. Leitungen sind freizustellen. Die Sicherung des Kinderschutzes und die Umsetzung inklusiver Bildung brauchen

personelle Ressourcen. Daher muss der Personalbestand gesichert, um notwendige Professionen erweitert und die Qualität ausgebaut werden.

Hinsichtlich des Eigenanteils fordern wir die Gleichstellung zwischen freien und kommunalen Trägern. Antrags- und Abrechnungsverfahren müssen deutlich vereinfacht werden, damit finanzielle Ressourcen unbürokratisch für den Bildungserfolg der Kinder bereitstehen.

II. Kompetenz sichern und Qualität ausbauen

Wir fordern von der künftigen Landesregierung, Fachkräfte zu halten und Kita-Standorte zu sichern – auch bei sinkenden Kinderzahlen. Brandenburg verfügt aktuell über eine der besten Fachkraftquoten im bundesweiten Vergleich. Diese Kompetenz darf nicht verloren gehen. Deshalb braucht es einen atmenden Deckel, der Kita-Leitungen und Träger in die Lage versetzt, gezielt in Einrichtungen zu investieren. Kinder, die Deutsch als Zweitsprache erlernen oder in Familien mit vielen Herausforderungen aufwachsen, brauchen mehr Unterstützung. Daher können offene Betreuungsplätze bei gleicher Finanzierung durch das Land große Investitionen ohne Kostenaufwuchs bedeuten. Der nach Sozialindex verbesserte Personalschlüssel erhöht die Attraktivität von Einrichtungen in schwierigen Lagen einerseits. Andererseits werden sie zu Bildungsstandorten mit Leuchtturmfunktion.

III. Familienarbeit stärken – Kita-Sozialarbeit etablieren

Eine ganzheitlich ausgestattete frühkindliche Bildung sind gesamtgesellschaftliche Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand – vom Bund, der Länder und der Kommunen. Im Landesprogramm „Kiez-Kita“ werden durch Kita-Sozialarbeit und sozialpädagogische Angebote Kinder und Familien in schwierigen Lebenslagen unterstützt. Ziel ist es, individuelle Lern- und Entwicklungsbeeinträchtigungen auszugleichen und gleiche Teilhabechancen zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine Verstetigung des Landesprogramms über den aktuellen Projektzeitraum hinaus. Zudem wäre es sinnvoll, Einrichtungen gezielt als Kinder- und Familienzentren weiterzuentwickeln. Auch hier soll ein sozialindexbasierter Ausbau angestrebt werden.

IV. Bildungsorte für alle Kinder – Inklusion ausbauen

Der Aufbau multiprofessioneller Teams muss unverzüglich durch die weitgehende Reform der Kitapersonalverordnung ermöglicht werden. Fachkräften aus verwandten Berufsfeldern den umfänglichen Zugang in Krippen, Kindergärten und Horten durch volle Refinanzierung zu ermöglichen, muss für die Landesregierung Weg der ersten Wahl sein. Die Reform aus dem Jahre 2023 begrüßen wir sehr, weisen sie doch in die richtige Richtung.

Darüber hinaus fordern wir ausreichende Ausbildungskapazitäten insbesondere in Mangelberufen wie der Heilpädagogik und der dringend auch anzuerkennenden Heilerziehungspflege. Den Kommunen als Träger der Oberstufenzentren (OSZ) sollten zwingend Anreize geboten werden, um jährlich mindestens eine Klasse für Heilpädagogik pro OSZ anzubieten. Dies wurde über viele Jahre leider versäumt.

Inklusion kann aus unserer Sicht nur umfänglich gelingen, wenn sowohl die aktuellen wie zukünftigen Fachkräfte in den Einrichtungen als auch die Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung eine innere Haltung leben, für die die Teilhabe aller Menschen selbstverständlich ist. Der vorsätzliche Entzug allgemeiner Teilhabe aus scheinbar pragmatischen Gründen darf kein Vorwand sein. Das Erstarken rechtsextremer Parteien, verbunden mit faschistischen Aussagen ihrer Spitzen, bereitet uns große

Sorgen. Die konsequente Umsetzung des Inklusionsgedankens hat für Fröbel weiterhin oberste Priorität. Von der zukünftigen Landesregierung fordern wir deshalb eine kindzentrierte Perspektive und Bildungsorte für alle Kinder.

V. Ganzttag mit Trägern und Schule gemeinsam umsetzen

Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 besteht für das Land Brandenburg die Gelegenheit, Ganzttag von Hort und Schule umfänglich zusammenzudenken. Das professionelle Zusammenwirken von Hort und Schule soll gesetzlich gesichert und im Alltag institutionell verankert werden. Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe haben durchaus unterschiedliche Perspektiven auf die Bildung und Erziehung junger Menschen – in mancher Hinsicht sogar einen unterschiedlichen Bildungsauftrag.

Der Ganzttag bietet die historische Chance, ein gemeinsames Bildungsverständnis zu entwickeln. In einer von Akzeptanz und Respekt zwischen den Professionen geprägten Zusammenarbeit können in gemeinsamen Prozessen Leitbilder und Konzeptionen für die Schul- und Professionsentwicklung gestaltet sowie eine gemeinsame inklusive Haltung erarbeitet werden. Wichtig wird es dabei sein, Hort und Schule als eigenständige Bildungsorte und Bildungspartner auf Augenhöhe zu definieren. Für eine optimale Verschränkung sind das Kita- und Schulgesetz zu reformieren.

VI. Ausbildungsoffensive mit mehr Praxisnähe weiterführen

Angebote der frühkindlichen Bildung brauchen gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte. Ihre Ausbildung muss generalistisch sein und die Fachkräfte für die Inklusionsanforderungen stark machen. Die Bundesländer sollten sich dringend auf einheitliche Ausbildungsinhalte und Anforderungen verständigen. Verankert werden sollte ebenso ein Anspruch auf regelmäßige Fortbildung und Supervision.

Zum Erhalt des Ausbildungsniveaus in Brandenburg ist es wünschenswert, die praxisnahe bzw. praxisintegrierte Ausbildung (PIA) weiter zu fördern. Auch wenn wir die kürzliche Anpassung der Kitapersonalverordnung grundsätzlich begrüßen, muss für Träger als Lernort Praxis das Angebot für einen Praxisplatz für Auszubildende deutlich attraktiver werden. Wir fordern eine deutliche Besserstellung von Auszubildenden. Dies betrifft insbesondere die Personalschlüsselanrechnung im Vergleich zu ungelernten Mitarbeitenden.

Bei Praxiseinsätzen im Rahmen von dualen Ausbildungsgängen dürfen Auszubildende ausgebildeten Fachkräften nicht gleichgesetzt werden. Die Erfahrungen im Land Brandenburg zeigen, dass die frühzeitige Übernahme von großer Verantwortung zu Überforderung führen kann. Dies ist einer der Gründe, weshalb Auszubildende oder frisch examinierte Fachkräfte das Berufsfeld frühzeitig verlassen. Die Zeiten für Anleitung und Begleitung müssen weitaus stärker anerkannt werden.

Deutliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Brandenburger Kindertagesbetreuung sind dringend geboten! Nicht nur, weil sie bereits langjährige Forderungen aufgreifen.

Kindertageseinrichtungen sind ein Katalysator für Bildungsgerechtigkeit. Sie ermöglichen gleiche Startchancen und ebnen erfolgreiche Bildungsbiografien. Und: Kitas sind wichtige gesellschaftliche Orte der Gemeinschaft und stiften Zusammenhalt.

Fröbel ist Deutschlands größter überregionaler freigemeinnütziger Träger von Kindertageseinrichtungen. Fröbel betreibt rund 240 Krippen, Kindergärten, Horte und weitere Einrichtungen in zwölf Bundesländern. Rund 5.500 Mitarbeitende arbeiten gemeinsam für die beste Bildung, Erziehung und Betreuung von über 21.000 Kindern.

Ansprechperson:

Michael Kuhl

Pressesprecher

Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH

Mobil: 0152 575 12 096

michael.kuhl@froebel-gruppe.de